

Danziger Zeitung

Blätter für die gesamte Freiheit

Beitung.

M 18195

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Reitzaugasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslands angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Interale kosten für die sieben geprägten gewöhnlichen Briefscheine oder deren Raum 20 Pfz. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inszenierungsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1890.

Teigr. Nachrichten der Danz. Zeitung.

Ebersfeld, 16. März. Ein von Dohwinkel kommender Güterzug ist heute von dem bei Ebersfeld über die Wupper führenden Bauduct in den Fluß gestürzt. Mehrere Personen sollen getötet sein. Amtliche Meldungen stehen noch aus.

Heute ging über die Katastrophe folgende Meldung ein:

Ebersfeld, 17. März. (W. I.) Ueber den Eisenbahnunfall berichtet die „Ebersfelder Zeitung“: 34 Waggons liegen zwölf Meter unterhalb des Brückenniveaus im Flussbett. Von dem vermischten Bahnpersonal ist bisher niemand aufgefunden worden.

Wiesbaden, 16. März. Die Kaiserin von Österreich ist mit der Erzherzogin Valerie zum Kurgebäude hier eingetroffen.

Bpest, 16. März. In dem neuen Ministerium hat der bisherige Finanzminister Wekerle das Finanz-Portefeuille behalten.

Madrid, 16. März. Den bereits bekannten Delegaten Spaniens auf der Berliner Conferenz werden auch noch besondere Kenner der industriellen Verhältnisse Castiliens und der Minen von Rio Tinto folgen.

Lissabon, 16. März. Eine Anzahl hiesiger Studirender versammelte sich gestern in der medizinischen Schule, um die Abordnungen der Studirenden von Oporto und Coimbra zu empfangen. Die Abordnungen begaben sich sodann nach dem königlichen Palais, um den König um Rücknahme des dem englischen Consul in Oporto ertheilten Exequatur zu ersuchen. Die Antwort, welche der König der studentischen Commission ertheilte, ging im wesentlichen dahin, daß er sich glücklich schäfe, seine innige Beſtredigung über ein solch patriotisches Gefühl in den Schulen des Landes ausdrücken zu können. Er werde gern seiner Regierung ans Herz legen, ihre Entschließungen im Einklang mit den Wünschen der Studirenden zu fassen.

Belgrad, 16. März. Wie die „Agence de Belgrade“ vernimmt, beabsichtige die Regentenschaft, sämmtliche gewählte 16 Staatsräthe, unbeschadet der Ablehnung Einzelner, zu Staatsräthen zu ernennen und die Constitution des Staatsräths einzutreten zu lassen; es stünde dann den Befriedenden frei, als bestätigte Staatsräthe ihre Enthaltung zu nehmen.

Bukarest, 16. März. Der Kronprinz von Italien ist heute Vormittag hier angekommen. Derselbe wurde am Bahnhofe von dem Könige und dem Prinzen-Thronfolger begrüßt und fuhr, von letzterem begleitet und von der Bevölkerung sympathisch begrüßt, direct ins Hotel.

Mittags stieß der Kronprinz dem Könige und der Königin seinen Besuch ab und nahm bei den Majestäten im engsten Familienkreise das Dejeuner ein. Heute Abend findet im Palais ein Diner zu Ehren des Kronprinzen statt, zu welchem auch die Minister, der italienische Gesandte und andere hohe Würdenträger geladen sind.

Sofia, 16. März. Fürst Ferdinand und die Prinzessin Clementine sind heute mit zahlreichem Gefolge nach Philippopol abgereist.

Politische Uebersicht.

Danzig, 17. März.

Die parlamentarische Lage.

Der Termin der Reichstagsberufung scheint ebensoviel definitiv festgesetzt zu sein, wie die Vorlagen, welche man dem Reichstage machen wird. An der Militärvorlage wird einstweilen eifrig gearbeitet. Der Anfang davon wird aller Wahrscheinlichkeit nach in der bevorstehenden Session kommen; die stärkere Fortsetzung im Herbst. Man bringt jetzt, auch trotz der großen Brannweinsteuerbilligung von 1887, von der doch noch erhebliche Vorräte vorhanden sind, die Frage nach neuen Einnahmen auf die Tagesordnung. Man sollte meinen, daß diese Frage nicht dringlich ist. Das Reich hat ja, wie der Herr Reichskanzler einmal hervorholte, schlimmstenfalls seine Matricularbeiträge. Jedermann hat die Discussion darüber zur Zeit keinerlei irgend erhebliches Interesse, ebensoviel wie diejenige über die Unterredungen des Herrn Reichs-

Concert.

Das in weiten Kreisen bekannte und hier selbst besonders beliebte Sängerpaar Herr Eugen Hildach und Frau Anna Hildach besuchte gestern wieder unsere Stadt und hatte sich zu seinem Concert diesmal mit Fräulein Schacko, der hochgeschätzten Soubrette unserer Oper, verbunden, die einen Theil ihrer Ausbildung Herrn Hildach verdankt. Der Abend bot viel des Interessanten und Schönen. Bei der Unmöglichkeit, von 22 programmm-Räumen jede einzelne zu besprechen, beschränken wir uns darauf, diejenigen Stücke hervorzuheben, welche durch Wahl und Ausführung den meisten Anspruch auf den Beifall der Kritik haben: das Terzett von Grell „Heile, stillt Liebe“, mit welchem das Programm eröffnet ward, steht dabei unter den am meisten des Lobes würdigsten Stücken; das Vorbild der alten Italiener führte Grell bisweilen zur höchsten klassischen Reinheit des Ausdruckes, wie zur höchsten Schönheit des Alanges bei polyphoner Selbständigkeit aller Stimmen; alles Sentimentale, aller moderne Pathos bleibt dabei so fern, wie man es von einem Componisten erwarten kann, dem (wie bekannt) selbst Beethoven ein Grauel, ja, dem Palestrina der letzte musikalisch „reinliche“ Tonzeiter war. Reserviert hat im Laufe der Jahre seit Bayreuth 1876 Grell einen gelernt, daß und wie eine so exorbitante

Kanzlers mit Herrn Windhorst. Allen sich daran knüpfenden Combinationen fehlt jede sichere Unterlage. Um irgend welche feste Annahmen kann es sich dabei überhaupt nicht gehandelt haben. Herr Windhorst wird schwerlich die Neigung haben, sich und seine Parteigenossen für bestimmte Regierungs-Vorlagen zu engagiren, zumal da er noch nicht weiß, wie sich die neuen Mitglieder der Partei dazu stellen werden. Die Besorgnisse, welche einzelne Sitzungen bei dieser Gelegenheit gefährlich zur Schau tragen, können nur wenig Eindruck machen. Man werde ruhig und kaltblütig den weiteren Verlauf der Dinge ab und lasse sich nicht durch allerlei Phantasiegebilde schrecken! Dass manchen Leuten diese Episode äußerst willkommen ist, am daraus alle möglichen und unmöglichen Schlussfolgerungen zu ziehen, versteht sich von selbst.

Die Arbeiterschutz-Conferenz.

Die Ansprache des Ministers v. Berlepsch an die Arbeiterschutz-Conferenz hat in vielen Kreisen durch ihre vorsichtige Haltung und zugleich durch die Bestimmtheit, mit der die gemeinsamen Ziele bezeichnet werden, rückhalloren Beifall gefunden. Wenn man sie und da eine etwas colorirtere Darstellung gewünscht hätte, so würde das sicher den schwierigen Aufgaben der Conferenz wenig entsprechen. Selbst das socialdemokratische „Berl. Volksblatt“ weicht an der Ansprache nur auszulösen, daß darin als Ziel der Verhandlungen bezeichnet wird, das unfehlbare Gut einer Jahrhunderte alten Civilisation zu erhalten. Das „Volksblatt“ sieht in diesen Worten eine Anklage gegen die Socialdemokratie, daß sie dieses Gut der Civilisation bei ungehemmten Einflüsse in Frage stellen würde. Ueber solche Eventualitäten zu discutieren, ist z. B. wohl völlig überflüssig. Unklar ist auch in dieser Ansprache wiederum die Frage geblieben, in welchem Verhältniß die künftigen internationalen Maßregeln auf dem Gebiet des Arbeiterschutzes zu den Ergebnissen der Conferenzberatung stehen sollen. Herr v. Berlepsch sagte:

„Das Programm, welches sich in Ihren Händen befindet, gibt den Rahmen für die technischen Verhandlungen, mit denen wir uns zu beschäftigen haben. Die Entschließungen, zu welchen die Verhandlungen in der Folge führen können, bleiben Ihren hohen Regierungen vorbehalten.“

Gebt wenn man annimmt, daß die technischen Beratungen der Conferenz binnen 14 Tagen zur Erledigung kommen und daß in den Hauptpunkten ein leidliches Einverständniß erzielt wird, so bleibt es doch nach wie vor unklar, wie es möglich sein sollte, dem Mitte April zusammenentreten Reichstage bereits auf Grund der späteren internationalen Verständigung zwischen den Regierungen eine Gesetzesvorlage zu geben zu lassen.

Dass über die Verhandlungen dieser Conferenz ebenso wie über die früheren Geheimnisse bewahrt werden soll, kann schon nicht mehr überraschen. Die Folge wird natürlich die sein, daß die deutschen Zeitungen geworben sind, ihre Informationen über den Gang der Verhandlungen auswärtigen Blättern zu entleihen. So geschah es bekanntlich auch bei der Sammiconferenz, an deren Schluss der wesentliche Inhalt der Beschlüsse mit einigen die Quelle verhüllenden Fälschungen der Details bekannt war. Bei den Verhandlungen der jehigen Conferenz liegt nicht einmal ein dringender Anlaß zur Geheimhaltung vor, da es sich ja eingestandenermaßen lediglich um technische Erwägungen handelt.

Wenn im übrigen das Arbeitsprogramm der Regierung durchgeführt wird, so wird die Conferenz nach einer Generaldiscussion über die ganzen Programmpunkte 5 Auschüsse mit der Detailberatung beauftragt, die bei der scharfen Formulirung der Fragen im Programm nur eine kurze Beratung erforderlich machen dürften. Die Geschäftsortordnung besagt, daß die Verhandlungen in französischer Sprache geführt werden. Die Anträge, welche Commissionen oder auch einzelne Mitglieder stellen, müssen gedruckt sein, ehe sie zur Discusion gelangen können. Die Abstimmung findet durch Namensaufruf der Staaten nach alphabetischer Ordnung statt. Jede Delegation hat eine Stimme.

Um ein persönliches Nähertreten der einzelnen

Anspricht doch immer möglich war, und jedenfalls hat sie in diesem Terzett eine ihrer schönsten Blüthen gelebt und den sonst nicht eben originalen Componisten auf eine wunderbare Höhe des rein und einfach Schönen gehoben. Zu dem Beste, das der Abend darbot, gehört ferner das Duett „Gondolera“ von Hohenlohe, in welchem deutlich mit neuitalienischen Eigenschaften zu einem schönen Ganzen verbinden; Tiefe der Empfindung, Breite der Anlage auf der einen, gesunde Melodie und Wohlklang auf der anderen Seite: es ist der Ausdruck gemeinsamer Empfindung eines schönen italienischen Abends (vedi ehe bella sera ist der Refrain) — auch die Coloratur findet dafelbst eine künstlerische Verwendung, sie bringt Allesgefälle wie von Wellen hervor, welche die Gondel rauschend umspülen. Weiter rechnen wir zu diesem Beste das tiefsdeutsche empfundene, herrlich klangschöne Duett „So wahr die Sonne scheint“, von R. Schumann, dem das seltsame Wagnis gelingt, die Poesie der Ehe zu feiern; das mit vorzüglicher dramatischer Kraft von Frau Hildach vorgetragene, höchst interessante „Trubel“ von Wüllner, dem großen Kenner vocaler Wirkungen; auch „Die rote Hanne“ von Schumann in der Art, wie Herr Hildach es singend erzählte: wieder ein Beweis, gleich seinem Duett, wie Schumann einfach, schön, melodisch und naiv sein kann, wie tief und wahr er empfindet.

Delegirten unter einander herbei zu führen, sollte gestern (Sonntag) Abends 9 Uhr im Hotel de Rome eine zwanglose Zusammenkunft stattfinden.

Der Papst und die internationale Arbeiterschutzconferenz.

Eine römische Meldung des vaticanischen Berichtersatzers der „Pol. Corr.“ bestätigt, daß zwischen dem h. Stuhl und der preußischen Regierung ein Gedanken-austausch über die eventuelle Beheiligung des Vaticans an der Arbeiterschutz-Conferenz in Berlin gepflogen worden ist, ohne jedoch zu einem Erfolg zu führen. Seitens des Vaticans wurde in den bezüglichen Pourparlers gestellt gemacht, daß seine Theilnahme an der Conferenz nur unter der Voraussetzung erfolgen könnte, wenn dem eventuellen Vertreter des h. Stuhls innerhalb der Conferenz die der hohen Würde des Oberhauptes der christlichen Kirche entsprechende Stellung eingeräumt würde. Die preußische Regierung habe sich aber mit Rücksicht auf die zwischen Deutschland und Italien bestehenden engen Beziehungen nicht in der Lage gesehen, auf die seitens der Curie ausgedrückten Wünsche einzugehen. Die Nichtbeheiligung des Vaticans an der Conferenz werde aber den h. Vater, der alle auf die Herbeiführung des sozialen Friedens gerichteten Bestrebungen mit wärmster Theilnahme verfolgt, nicht abhalten, der Berliner Conferenz seine volle moralische Unterstützung angedeihen zu lassen.

Die französische Ministerkrise.

Ist noch nicht beendet und lenkt fortwährend das gesamte politische Interesse in Paris auf sich. Das leitende Opportunistenorgan, die „République française“, schreibt, das Ministerium Tirard habe es nicht verstanden, die Leitung der republikanischen Mehrheit in die Hand zu nehmen. Nachdem durch die Rede Spaulers über die Berliner Conferenz die Ehre gerettet gewesen, habe Tirard die erste Gelegenheit ergripen abzutreten. Die „Débats“ nennen das Votum des Senats einen schweren Fehler; man hofft, Carnot werde der Kammer ein Cabinet geben, welches fähig sei, diese zu leiten, und welches wisse, woher es das Land führe. „Journal de Paris“ sagt, der Senat habe aus Rücksicht auf eine Anzahl Weinbauern den Handel und die Traditionen Frankreichs compromittirt. „La Liberté“ schreibt, das Auftreten von Bourgeois in der Kammer habe die besten Freunde der Regierung entmächtigt. Das Votum des Senats wäre die Revanche für die radikale Entwicklung des Cabinets seit dem Rücktritte von Constant.

Der Präsident Carnot stattete vorgestern Abend den Ministern für ihre Frankreich gelegentlich der Wahlen und der Austragung geleistete Dienste Dank ab und dat dieselben, die Geschäfte noch so lange weiterzuführen, bis ihre Nachfolger ernannt seien.

Einer telegraphischen Meldung von gestern zu folge hat Frencinet die Verhandlungen wegen der Cabinetsbildung noch nicht abgeschlossen. Es gilt nunmehr als gewiß, daß Constant Minister des Innern werden wird; das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten soll Ribot angeboten sein. Das „Journal des Débats“ ist mit der Berufung Frencinet zur Cabinetsbildung sehr unzufrieden, weil dessen Programm lediglich in Nachgiebigkeit gegen die Radikalen bestehen würde. „Alle, welche nicht die bisherigen Verträge weiter verfolgen wollten“ — so schließt das Blatt seine Ausführungen — „dürften eine Verantwortlichkeit für etwa bevorstehende Katastrophen nicht auf sich nehmen.“

Ein Telegramm von heute meldet über den Stand der Dinge Folgendes:

Paris, 17. März. (W. I.) Von unterrichteter Seite verlautet, das neue Cabinet sei folgendermaßen gebildet: Frencinet Präfektum und Krieg, Constant Innen, Fallières Justiz, Ribot Auswärtiges, Rouvier Finanzen, Barde Marine, Bourgeois Unterricht, Deville Ackerbau, Jules Roche Handel, Guynot Arbeiten. Eine offizielle Bekanntmachung ist jedoch noch nicht erfolgt.

Die Bergarbeiterstreik in England.

Man schätzt die Zahl der Bergarbeiter, welche

in verschiedenen Thelen Englands die Arbeit eingestellt haben, auf ungefähr 250 000. Die Dauer des Streiks kann nicht vorausgeschenkt werden, es sind jedoch einer Meldung des Reuter'schen Bureaus zufolge Anzeichen vorhanden, die auf Concessions seitens der Arbeitgeber schließen lassen.

Aus London wird uns vom 15. März über die Streikbewegung berichtet: London selbst wird durch den Streik, dank seiner vortrefflichen Verkehrsverbindungen, nicht stark in Mitleidenschaft gezogen werden. Von Durham, Northumberland und Schottland und, wenn nötig, von Belgien und Deutschland kann die Hauptstadt un schwer ihren Bedarf decken. Die Vorläufe in London sollen übrigens nicht groß sein, da die Kohlenhändler nicht an den Streik geglaubt haben. Die Kohlenbörse hat deshalb schon gestern den Preis für Haushäfen um 1 Sh. bis 1 Sh. 6 p. die Tonne aufgeschlagen. Die Bergleute glauben es drei Wochen ohne Zuflüsse aus der Streikasse aushalten zu können. Ist dieses der Fall, so mag sich der Streik über zwei Monate ausdehnen. Es fragt sich, ob der neugegründete Verband der Kohlenbergwerksbesitzer nach so kurzem Bestehen schon der gewilligen Probe gewachsen ist, welcher er jetzt ausgefeilt wird, und ob alle Mitglieder bei den gefahrvollen Beschlüssen beitreten. In ihren Kreisen sagt man, daß der große Kampf mit einer so gewaltigen Arbeiterorganisation wie der der Bergleute doch einmal aufgenommen werden müsse und es keinen günstigeren Zeitpunkt gäbe, als den jetzigen. Die Nachfrage nach Haus- und Gaskohlen nähme jeden Tag ab. Würden jetzt 10 Proc. Lohn erhöhung gewährt, so würden im September weitere 10 Proc. gefordert werden. Nur ein plötzliches unerwartetes Nachgeben seitens des Verbandes der Kohlenbergwerksbesitzer kann jetzt noch in elfter Stunde den allgemeinen Streik der Grubenarbeiter verhindern.

Stanley und Emin in London.

In einem an die kgl. geographische Gesellschaft in London gerichteten Schreiben erklärt Stanley, daß er ungefähr am 25. April in London einzutreffen gedenke. Vorbehaltlich der Zustimmung des großen afrikanischen Reitenden, beauftragt die Gesellschaft denselben am 5. Mai feierlich in der Albert-Halle zu empfangen. Man hofft, daß der Ehrenpräsident der Gesellschaft, der Herzog von Edinburgh, den Vorsitz führen und der Prinz von Wales, einer ihrer Patrone, den Antrag einbringen wird, welcher den Dank für die Verdienste Stanleys um die Erdkunde ausspricht. Hierauf wird Stanley in einem Vortrage die Ergebnisse seines Juges darlegen. Das Festmahl der geographischen Gesellschaft zu Ehren Stanleys wird am 15. Mai herum stattfinden, obgleich es wahrscheinlich ist, daß es mit dem Jahrestag des Vereins am 16. Juni verknüpft wird. Die geographische Gesellschaft hat letzter Tage Emin Pascha zu seiner Genesung telegraphisch beglückwünscht und dabei zugleich die Hoffnung ausgesprochen, Emin möge gleichfalls nach London kommen und persönlich den Dank der Gesellschaft für sein jahrelanges Wirken in Afrika in Empfang nehmen. In seiner Antwort dankt Emin für die freundlichen Gesinnungen und sagt, daß er auch wirklich die Absicht hege, die englische Hauptstadt zu besuchen. Wie schon mitgetheilt, soll eine eigene Denkmünze für Stanley geprägt werden.

Uebrigens meldet eine Wolfsche Depesche aus Cairo, Emin Pascha habe bei der ägyptischen Regierung seine Entlassung eingereicht. Alles, was in den letzten Tagen über die Angelegenheit verlaufen hat, scheint diese Nachricht zu bestätigen.

Der ungarische Ministerwechsel.

Das „Amtsblatt“ veröffentlicht die Demission des gesamten Cabinets, ferner ein überaus huldreiches Handschreiben des Kaisers an Tisza, durch welches derselbe seiner Stelle als ungarischer Ministerpräsident auf eigene Bitte entthoben wird. In dem Handschreiben heißt es:

„Ihre neuhjahrige Wirkksamkeit ist an und für sich ein glänzender Beweis des Vertrauens, welches Sie in dieser Reihe von Jahren sowohl meinerseits als auch seitens des Landes ausgeübt, und zwar mit Recht, begleiste, indem die hervorragenden Dienste, welche Sie — oft unter schwierigen Umständen — besaß vom reinen patriotischen Gefühl, mit tiefer Einsicht, Selbstverleugnung und ausserordentlicher Thätigkeit.“

worden mein eigen“; er bewahrt Kenntnis der Bedingungen des Wohlklanges und gute musikalische Bildung. Im übrigen erinnert er an Jensen und dessen Rhetorik.

Weniger günstig erwies sich die Vortragsweise der Concertgeber solchen Stücken, wie „Das Veilchen“ von Mozart und der „Wanderer“ von Schubert, wo es auf seine Charakteristik und rhythmische Accuratesse ankommt (an sich wären diese zwar sehr bekannte Nummern uns nicht zu viel). Ihr Talent weist sie vorzugsweise auf das positiv Lyrische, auf das Humoristische, Lebhafte und auf die Kunst der Gegenwart hin. Besonders ist noch an beiden die treffliche Aussprache zu loben, welche selbst in Duetten, die dem Hörer minder bekannt oder unbekannt waren, die Verständlichkeit des Ganzen sichert.

In die Begleitung hatte sich hr. Helbing mit hr. Hildach getheilt.

Doch ein Concert in allen seinen Thelen gleichwertig würde, ist namentlich bei einer solchen Menge von Einzelproduktionen ein seltener Fall. Zuhörer und Kritik konnten aber mit der Summe des Gelungenen und Schönen, welches der Abend darbot, sehr zufrieden sein. Dem entsprechend wurde den Sängern mit reichem Beifall und mehrfachem Hervorruft gelohnt.

Dr. C. Fuchs.

keit mir, dem Lande und der ganzen Monarchie geleistet haben, fürwahr der Anerkennung würdig und auch immerdar in dankbarer Erinnerung bleiben werden. Empfangen Sie nebst dieser Anerkennung und Sicherung meiner unumstößlichen Gnade zugleich meinen innigsten Dank für die treuen Dienste, auf welche Sie mit dem reinen Bewußtsein patriotischer Pflichten zurückblicken können und woran ich die Hoffnung knüpfte, daß Sie auch fernherhin den öffentlichen Angelegenheiten Ihre von reichen Erfahrungen und reiner Erfahrungsliebe geleitete Mitwirkung nicht entziehen werden.

Budapest, 13. März 1890. Franz Josef m. p."

Ein weiteres kaiserliches Handschreiben an den Grafen Szapary betraut diesen mit der Bildung des Ministeriums.

Ferner veröffentlicht das "Amtsblatt" die folgende Zusammensetzung des Ministeriums: Baron Drzy Minister am königlichen Hoflager, Frz. Feuerwär Minister für Landesverteidigung, Barz. Handel, Graf Egyk Julius und Unterricht, Gillagyi János, Josipovich Minister für Kroaten und Slavonien, Bethlen Achterbáu; mit der Leitung des Ministeriums des Innern ist der Ministerpräsident betraut.

Ein weiteres kaiserliches Handschreiben enthebt den Grafen Szapary von der Leitung des Ministeriums des Innern unter Verleihung der Geheimratshürde.

Der Antislaverie-Congress in Brüssel
hielt am Freitag eine Plenarsitzung ab, in welcher van Estvelde die Erklärung im Namen des Königs, des Gouverneurs des Congo, abgab, doch die Beschlüsse der Konferenz in energischer und rascher Weise ausgeführt wurden. Die maritime Congo-Commission nahm den von dem englischen Bevollmächtigten ausgearbeiteten Text zur Regelung der Befreiung von Sklaven, die an Bord eines heimischen Schiffes geflüchtet seien, an. Die Abfassung der neuen Vorschläge seitens der französischen Bevollmächtigten über das schiedsrichterliche Vorgehen betrifft der Entschädigungen für ungerechte Verhaftungen wurde einstimmig genehmigt.

Der Kreis der Theilnehmer an dem Congresse hat inzwischen noch eine Erweiterung erfahren; wie nämlich das römische Blatt „Capitano Tracassa“ meldet, hat König Menelik von Abessinien, um seine erste Absicht, dem den Sklavenhandel verbietenden italienisch-äthiopischen Verträge nachzukommen, zu beibehalten, die italienische Regierung ersucht, Abessinien auf dem Brüsseler Antislaverie-Congress durch einen eigenen Delegirten vertreten zu lassen.

Frankreich und Dahomey.
Wie das „Memorial diplomatique“ mittheilt, hat der französische Botschafter in London, Waddington, dem englischen Premierminister Salisbury auf eine Anfrage bezüglich des Vorgehens Frankreichs in Dahomey erklärt, Frankreich bedauert nicht die Annexion Dahomeys, indessen könnten die Uebelhafte des neuen Königs von Dahomey nicht gebuhlt werden.

Canadas Staatsrechtliche Stellung.
Ein Telegramm des Reuter'schen Bureaus aus Ottawa zufolge wurde die Sitzung des kanadischen Senats am 18. März mit der Beratung der Boulton'schen Resolution ausgefüllt. Die letztere besagt, die Zeit wäre gekommen, wo Canada im Reichsparlament vertreten sein sollte. Die Regierung jeder kanadischen Provinz solle einen Vertreter mit Sitzen im Reichsunterhause ernennen. Die kanadischen Abgeordneten sollten dagegen nur über kanadische Interessen berührende Angelegenheiten mit abstimmen dürfen. Der Antragsteller sagte zur Begründung dieser Resolution, daß das Schicksal Canadas sehr vielfach öffentlich erörtert würde. Einige seien für eine Reichsföderation, andere dächten an kanadische Unabhängigkeit und Annexion an die Ver. Staaten. Wenn auch von letzterer sehr selten offen gesprochen würde, so ließe sich doch die Anziehungskraft der nordamerikanischen Union nicht leugnen. Viele Engländer würden ohne Zweifel gern Canada in die Union aus dem Grunde aufgenommen sehen, damit das in den Ver. Staaten angelegte Kapital gesichert würde. Sein (Boultons) Vorschlag schränke die Unabhängigkeit Canadas nicht ein und schaffe keine lästigen Bande. Canada bekäme jedoch dann ein größeres Maß von Unabhängigkeit als jetzt, und die Kanadier erhalten Gelegenheit, ihre Stimme im Reichsunterhause vernehmen zu lassen, wenn es sich um kanadische Interessen hande. Scott meinte, auf Gegenseitigkeit beruhende Handelsverträge mit den Ver. Staaten würden mehr für die Wohlfahrt Canadas thun als die Reichsföderation. Abbot, der Letzter des Senats, hält Boultons Vorschlag für ebenso undurchführbar, wie gegen die Verfassung verstörend. Auf seinem Rath wurde der Antrag zurückgezogen.

Vereinigung der afrikanischen Sklavenhändler gegen die Europäer.

Das Dordringen der Europäer in Afrika bringt auch Bewegung in die dort ansässigen Bevölkerungsklassen und ruft die selbstlosen Erscheinungen hervor. Eine überraschende Meldung kommt über Ägypten, nämlich, daß die Sklavenhändler sich in Khartum gegen die Christen organisieren, um zunächst dem Rumhandel ein Ende zu machen. Es sollen, der „Kreuz-Ztg.“ folge, zu dem in Khartum versammelten Congresse ungefähr 200 Vertreter aus Arabien, aus Janiziar und aus dem Sudan von einem arabischen Sklavenhändler einberufen und anwesend gewesen sein. Der Vorsitzende, Abu Gosh, genannt „Vater der Lügen“, habe mit glühenden Worten die Verwüstungen geschildert, welche durch den billigen Brantwein unter den Negern angerichtet würden, und habe auf Grund einer britischen Statistik mitgetheilt, daß im Jahre 1888 an der Westküste allein 20 000 Tonnen Brantwein von den eingeborenen vertrunken worden seien. Mr. J. Thompson spräche von den Krücküben als von einem Gebiet, wo die Einwohner immer betrunken wären. Ein britischer Kaufmann, der mit dem Brantweinhandel nach Westafrika zu thun hat, habe nach Hause geschrieben: Rum und Brantwein wäre der unauslöschliche Ruf. Der Handel damit habe die Leute so entzweit, daß sie überall ihre eigenen Geschäfte vernachlässigen. Man kann sich, so sagt Abu Gosh, einen Begriff von dem Werthe des gesuchten Schnapses machen, wenn man sieht, daß in den Zeitungen des Kaplandes besserer Brantwein (superior gin) mit 2½ Pence die Pintflasche angekündigt wird und „splendid rum“ mit 9 Pence die Gallone. Zu solch einer Ausdehnung ist dieser nichtswürdige Handel im vorigen Jahre angewachsen, daß ganze Provinzen und Striche dadurch ruinirt und entvölkert worden

sind. In der dann stattfindenden Verhandlung nahm nach dem Vorsitzenden Geld Böcklin, ein alter Sklavenhändler von 40jähriger Erfahrung, das Wort und verlangte, daß sofort Maßregeln gegen ergreifen würden; sonst würden die Einwohner Afrikas in kurzer Zeit vernichtet, und der Sklavenhandel müsse ganz aufhören. Die Schwierigkeit wäre nur die, wie man die Bekämpfung des Rumhandels beginnen solle. Die Wichte, welche Afrika mit billigem und giftigem Brantwein versähen, wären meist Engländer und Deutsche. Diese Leute wären Christen, und darum würden sie nicht auf die Gründe gegen den Verbrauch und den Verkauf von Rum hören, die vom Koran verboten wären. Er schlägt nun weiter vor, muhammedanische Missionare in die christlichen Länder zu schicken und die afrikanische Kaste mit einer Anzahl gut bewaffneter Dhas zu blockiren, damit man dem Brantweinhandel ein Ende machen könnte. Dieser Vorschlag wurde (so schließt der Verfasser) mit allgemeiner Zustimmung angenommen.

Sollte auch dieser arabische Congress nur in der Phantasie des „Vaters der Lügen“ bestanden haben, so ist er doch höchst beachtenswert! Schön deshalb, weil sein Bild aus Afrika gekommen ist. Man sieht, wie die Afrikaner immer mehr darauf kommen, unsere Maßregeln unter dem Lichte der Vergleichung zu betrachten. Die englischen und amerikanischen Missionare betrachten auch die ganze Congresssache in sehr ernstem Lichte. „African News“ (New-Jersey) sagen: Die Mitteilungen über die Schäden des Rumhandels und die Anklagen gegen die Europäer seien keinesfalls übertrieben, und es wäre gut, wenn die Festhaltung europäischer Schnapschiffe durch arabische Dhas bald eintrete.

Deutschland.

W. T. Spandau, 16. März. Der Kaiser und die Kaiserin und die Kaiserin Friederike trafen kurz vor 11 Uhr zur Einweihung der neuen Garnisonkirche auf den hiesigen Bahnhof ein, wobei keinerlei Empfang stattfand, und fuhren von dort aus sofort zur Kirche. In den Straßen, welche die Majestäten passierten, bildeten das Personal der königlichen Fabriken sowie die Kriegervereine Spalier. Vor dem Gotteshaus wurden die Allerhöchsten Herrschaften von dem Prinzen Friedrich Leopold und den Prinzessinnen des königlichen Hauses, dem Feldmarschall Grafen Moltke, dem Chef des Generalstabes, General der Cavallerie Grafen v. Waldersee, dem Ariegsminister Verdy du Vernois, dem General-Oberst der Infanterie v. Pape, den General-Adjutanten, den Generälen à la suite und den Flügeladjutanten des Kaisers, dem Cultusminister v. Gohler, dem evangelischen Feldprobst der Armee D. Richter, nebst den übrigen beihilfenden Geistlichen, den Baubeamten etc. empfangen. Der Kommandant von Spandau überreichte dem Kaiser einen Rapport, worauf der Kaiser aus den Händen des Baumeisters, Bauinspektors Röhrer, den Schlüssel zur Kirche entgegennahm und denselben dem Feldprobst D. Richter übergab.

Nachdem dieser mit einem Segenssprache die Kirche gesegnet, betraten die Majestäten und Gefolge die Kirche. Die Orgel spielte mit Posaunenbegleitung, bis die Majestäten nebst Gefolge Platz genommen hatten. Feldprobst D. Richter hielt sodann die Weiherede und segnete die heiligen Geräthe ein. Hofs prediger D. Trommel hielt die Liturgie ab, worauf Garnisonparrer Meißner über den Text: „Siehe, wie heilig ist diese Stätte“ die Predigt hielt. Nach einem Schlussgebet und dem Segen, gesprochen vom Feldprobst D. Richter, endete der Gottesdienst mit dem Gemeindegefang: „Nun danket alle Gott“. Während dieser lössten die Glocken und wurden von der Citadelle 20 Kanonenschüsse abgefeuert. Nach einer näheren Besichtigung der Kirche verliehen die allerhöchsten Herrschaften mit Gefolge das Gotteshaus. Inzwischen hatte sich die gesammte Garnison und die Militär-Schule in der Nähe der Kirche zum Parademarsch aufgestellt. Der Kaiser nahm die Parade ab und begab sich sodann nach dem Denkmale des Kurfürsten Joachim II., das nach einer begrüßenden Ansprache des Bürgermeisters einer Besichtigung unterzogen wurde. Hierauf folgte der Kaiser mit dem Feldmarschall Grafen Moltke, dem Grafen Waldersee, dem Ariegsminister und allerhöchstseinem militärischen Gefolge einer Einladung des Offiziercorps des 3. Garde-Grenadier-Regiments „Königin Elisabeth“ zum Frühstück im Offizier-Casino. Die übrigen allerhöchsten und höchsten Gäste waren sofort nach der Parade mitteilt Sonderzuges nach Berlin zurückgekehrt. Die ganze Stadt prangte zur Feier des Tages in festlichem Schmuck und die Majestäten wurden überall von der zahlreich versammelten Menschenmenge mit begeisterten Jurassen begrüßt.

L. Berlin, 15. März. In der gestrigen Sitzung der Commission des Abgeordnetenhauses für die Reform der Eisenbahntarife behandelte zunächst Abg. Brömel in einem Referat die Hauptgesichtspunkte und wichtigsten Vorschläge. Nach einer längeren Debatte, an welcher sich die Abg. v. Tiedemann, Pleß, Simon, v. Czerny, Voits und Sach beteiligten und in welcher der Ministerialdirektor Fleck erklärte, daß von der preußischen Staatsbahnverwaltung mit den übrigen Bahnverwaltungen behufs gleichmäßiger Reform der Personentarife Verhandlungen eingeleitet seien, wurde ein Antrag der Abg. v. Czerny und Simon angenommen:

„Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen, bei den mit den deutschen Staatsbahn-Verwaltungen schwedenden Verhandlungen dahin zu wirken, daß die Fahrkartensorten eingeschränkt und die reglementarischen sowie die tarifarischen Vorschriften für den Personentreisverkehr thunlich vereinfacht und auf allen deutschen Staatsbahnen einheitlich gestaltet werden.“

Erörtert wurde auch die von dem Antragsteller Brömel angeregte verschwämme Einführung eines ermäßigten Tarifs in einem Directionsbezirk oder auf einzelnen Linien. Über die Frage des Zonen-Tarifs und der Kilometerbillets soll besonders berathen und beschlossen werden.

* [Ein lebensgroßes Bild Kaiser Friedrichs] ist vom Kaiser für die Bildergalerie des königlichen Schlosses angekauft worden und wird ebenfalls in einem kostbaren Rahmen seinen Platz finden. Dasselbe, ein Werk des Malers Theodor Ziegler in Berlin, war ursprünglich für das Oberlandesgericht in Königsberg bestimmt; als es jedoch vorher dem Kaiser zur Ansicht nach dem Schloß gefandt wurde, gefiel es demselben so außerordentlich, daß er sofort den Ankauf für das Königschloß befaßt. Zur das Oberlandesgericht in Königsberg wird ein Abbild gezeigt, auf welchem der Künstler augenblicklich arbeitet.

[Bildschadenerhalt.] Die Commission des Abgeordnetenhauses zur Beratung des Antrages betr. den Schutz der Landwirtschaft und des Wildschadens, hat den § 1 des Antrages, der vom Wilde angerichtete Schaden ersetzt soll, mit der Modifizierung angenommen, daß der Schaden an Feld- nicht an Wald- und Wiesen verücksichtigt werden solle.

[Lehrbriefe.] Amlicher Nachweisung zufolge in Jahre 1889 an Meßbriefen ausgestellt: für deutsche Segelschiffe 331 (gegen 216 im Jahre 1888), für deutsche Dampfschiffe 353 für fremde Segelschiffe 10 (9), für fremde Dampfschiffe 541 (322); insgesamt 1285 (670).

Wohlwegen, 15. März. Auf dem Bergwerk

bei Höhensleben erfolgten heute mehrere

wegen grober Exzesse seitens der Bergarbeiter. Die Ruhe ist sehr vollkommen,

wieder hergestellt. Die Bergleute fordern

eine Abkürzung der Arbeitszeit und eine Erhöhung des Schichtlohnes um 50 Pfennig. Es ist also ausstich vorhanden, daß der Cirke keine

größeren Dimensionen annehmen und die Arbeit bald wieder aufgenommen werde.

München, 15. März. Die Vorlage des hiesigen Kapitularvicars v. Rompp an die Staatsregierung in Betreff der Altkatholiken vom 10. März, sowie die Antwort des Cultusministers Frhr. v. Luk sind heute in Abschrift den Mitgliedern des Landtages zugegangen. Letztere besagt u. a.:

Den bisher fehlenden Nachweis, daß die Altkatholiken nicht nur die staatlich nicht placirte Ecclesia, sondern auch anderweitige Lehren der Kirche verworfen haben, erbrachte keineswegs das Memorandum der bairischen Bischöfe, sondern erst die Vicariatsvorlage vom 10. März 1890 in einer Weise, welche jede Beleistung ausschließt. Die Frage ist damit liquid gestellt. Obgleich dem Dogma der unbefleckten Empfängnis niemals die wörtliche Placierung zu Theil gekommen ist, so ist es doch durch die Handlungen und Entschlüsse der Staatsregierung, welche keiner anderen Deutung und Auffassung Raum geben können, tatsächlich placiert worden. Die Staatsregierung kann demnach den Vollzug des Dogma der unbefleckten Empfängnis gegenüber den Altkatholiken nicht ablehnen; sie muß vielmehr schon die Leugnung dieses Dogmas allein als sehr ausreichend zu der von der Kirche verfügten Ausschließung der Altkatholiken auch für das Staatsgebiet wirksam anerkennen. Deshalb wurde dem Ausschusse des altkatholischen Landesvereins in München mit der heutigen (15. März) Entscheidung eröffnet, daß vorerst die innerhalb der Erzbistüme München-Freising wohnenden Altkatholiken von nun an seitens der Staatsregierung nicht mehr als Mitglieder der katholischen Kirche betrachtet und behandelt werden, doch mehr die Rechte der Katholiken in dieser Diözese hinstattlicher Religionsübung sich vorläufig nach § 2 der verfassungsbedingte zu bemessen haben. get.

— oh. Bohnsack, 16. März. Während der Esgangzeit

haben die Telegraphenanstalten, soweit dieselben in Betrieb kommen, auch außerhalb der Dienststunden,

sowie während der Nacht im Dienste zu verbleiben und

Telegramme an resp. aufzunehmen und zu befördern.

— Durch die Anstellung eines Fischereiaufsehers in Neufahrn sind die Fischer in einer sehr üble Lage verkehrt worden. Denn die Zugnetze, welche sie besitzen, sind sämlich unvorschriftsmäßig, indem sie nicht die richtige Maschenweite einhalten. Es sollen jetzt die Fischer ausschließlich mit vorschriftsmäßigen Netzen die Fischerei betreiben. Es läßt sich das aber fast unmöglich gleich, oder in einem Jahre machen, denn derartiges Netz kostet ungefähr 250 Mk. und manche der jetzt in Gebrauch befindlichen Netze sind noch vorschriftsmäßig neu. Die mit Goldmünzen bekanntlich nicht gesegneten Fischer sind also, zumal jetzt, wo die Natur ihnen schon so viele Hindernisse bereitet, in einer sehr übel Lage und haben daher in einem Gespräch den Herrn Oberpräsidenten um die Genehmigung gebeten, daß sie ihre alten Netze in einem gewissen Zeitraum verbrauchen dürfen. Hoffentlich wird ihnen der Uebergang möglichst erleichtert werden.

Ebing, 15. März. In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung wurde der für das Jahr 1890/91 als Communalesteuer zu erhebende Ju-

schlag zur Klassen- und Einkommensteuer auf 280 Proc. festgestellt. Bisher betrug der Juuschlag 300 Proc. — Der Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung haben gleichlautende Petitionen an das Abgeordneten- und Herrenhaus und die zuständigen Minister in Betreff der Übernahme der Kriegsschulen der Stadt Ebing auf Staatskosten abgeändert. Die Stadt zahlt gegenwärtig 54 398 Mk. Jusen und zu Amortisationszwecken, wogegen der Staat bis zum Jahre 1891 25 279 Mk. und von da ab bis zur Tilzung der Schulden 15 279 Mk. beisteuert, so daß die Stadt von 1891 ab noch jährlich 39 119 Mk. zu zahlen hätte. (A. J.)

Marienwerder, 16. März. Beijuglich des Kreises der hiesigen Zimmerleute erfährt die „R. W. Mitt.“, daß von Herrn Zimmermeister Krause den in seinem Betriebe beschäftigten beförderen Arbeitsträgern Lohn erhöhungen jüngst worden sind; die Leute erklärten darauf ihre Bereitwilligkeit, unter diesen Bedingungen weiter zu arbeiten. Trotzdem ist von ihnen die Arbeit nicht aufgenommen worden, weil sie die gleichen Erhöhungen für sämliche Gesellen durchsetzen wollen. Hierauf einzugehen zeigen die Meister wenig Neigung.

* Dem Wahlkreise Flotow-Schlochau steht möglicherweise eine Reichstags-Nachwahl bevor.

Eine etwas confuse Notiz darüber in Berliner Blättern lautet:

„Der zum Reichstag neu gewählte Landrat

Dr. Scheffer im Wahlkreise Flotow-Schlochau-Könitz (soll

Flotow-Schlochau heißen) wird demnächst wegen Be-

förderung zum Oberregierungsrath in Düsseldorf sein

Mandat niederlegen. Alsdaß soll dort Herr v. Hell-

dorf-Breda wieder in den Reichstag gebracht werden.“

Herr Dr. Scheffer ist schon fast 2 Jahre nicht

mehr Landrat, sondern Oberregierungsrath. Er

vertreibt den Wahlkreis seit 1884 im Reichstage

und es hat wegen seiner Beförderung zum Ober-

regierungsrath schon 1888 eine Nachwahl statt-

gefunden. Diesmal würde also wegen der Be-

setzung von Bromberg, wo Dr. Scheffer jetzt

amt, nach Düsseldorf eine Nachwahl nur

erforderlich sein, wenn mit der Verziehung eine Gehaltserhöhung verbunden wäre. Freilich be-

steht in der conservativen Partei der lebhafte

Wunsch, daß für ihren bisher nicht wieder-

gewählten Führer v. Hellendorf ein Platz gemacht

werde, und es ist nicht unwahrscheinlich,

dass Flotow-Schlochau dies Opfer zu bringen

haben wird.

Königsberg, 15. März. Aus den Zuwendungen des verstorbenen Geh. Commerzienrath Simon soll der

größere Theil mit 300 000 Mk. nach den schon ge-

faßten Beiträgen der städtischen Behörden zur Er-

richtung eines Stifts für Bedürftige verwendet

werden, und zwar sollen Wohnung oder Schiffspor-

tionen in baarem Gelde bzw. Wohnung und Geld

